

# Berliner Tageblatt

Nr. 478

und Handels-Zeitung

Chef-Redaktion Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin

## Frankreichs Kontrollforderungen

### vor der Reparationskommission.

#### Geteilte Meinungen in der Pariser Presse.

Die Undurchführbarkeit des französischen Planes.  
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 21. Oktober.

Der französische Gegenentwurf zum Plane Sir John Bradburys ist in der Nacht durch das amtliche Bureau bekannt gegeben worden. Das Bradbury-Gemisch mit dem Ministerpräsidenten Poincaré zur Entzerrung der deutschen Finanzen" verurteilt, ist sehr dazu geeignet, die deutschen Finanzen zu gründlich herunterzuziehen, daß sie überhaupt keine Entzerrung mehr finden können. Bradbury hat gefahren in einer Reihe der Beratungen den Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ erklärt, wenn die Alliierten noch länger über die Methode zur Entzerrung Deutschlands hin und her reden, werden sie in zwei Monaten dazu gezwungen sein, Deutschland Geld zu leihen, wie jetzt Österreich. Geld leihen müßten. Bradbury hält den ganzen französischen Plan für praktisch undurchführbar. Der englische Delegierte ist der Meinung, daß die Anwendung dieser Methode beklagenswerte Folgen für die politische und wirtschaftliche Lage haben würde, aber niemals ein wirtschaftliches Heilmittel hervorbringen könnte. Dieser Ansicht Bradburys muß jeder beipflichten, der das französische Ziel verstehen will. Seine wichtigsten Forderungen sind: die Vergrößerung der Veratung über das Moratorium und der Gesamtregelung bis zur Konferenz von Brüssel; die Kontrolle der deutschen Finanzwirtschaft durch das Garantie-Komitee, das seinen Sitz in Berlin erhalten und einen bestimmenden Einfluß auf die Finanzen Deutschlands ausüben soll; die Unterlegung einer Geldsteuer aus den Abgaben für die Anfuhr, die zur Disposition Deutschlands verbleibt, solange Deutschland keine Verpflichtungen erfüllt, aber der Reparationskommission verfallt, wenn die Reparationen nicht durchgeführt und die Zulagen Deutschlands nicht eingezahlt werden. Von „Sanktionen“ ist nicht die Rede. Mit Besetzung und Zwangsmaßnahmen wird nicht gedroht. Wenn Deutschland sich nicht den Bestimmungen des Garantie-Komitees fügt oder sonst in „Unberücksichtigung“ verfällt, soll das Komitee von vielen Reparationen der alliierten Regierungen Mitteilung machen, damit diese die nötigen Maßnahmen treffen können.

Alles dieses ist nicht neu. Wir haben ähnliche Anordnungen und Forderungen schon oft gesehen, und der traurige Zustand Deutschlands ist Zeugnis ab von ihrer verheerenden Wirkung. Der alte Formalismus ausgefallener Vorschriften kann die Entwicklung nicht aufhalten, die allmählich die Kräfte einer Naturgewalt angenommen hat. Solange die französische Regierung diese einfache Wahrheit nicht einsehen kann, wird sich die Situation nicht ändern. In französischen Kreisen wird allerdings über darauf geachtet, daß der Forderung einer strengen Kontrolle auch gewisse Zugeständnisse gemacht werden. Der „Welt Revue“ geht, wie das anzusehen ist, einem die Kontrolle durch das Garantie-Komitee einmal organisiert ist, dann werden durch das Komitee die Reparationszahlungen den tatsächlichen Mitteln Deutschlands angepaßt werden. Ist das deutsche Budget erst ins Gleichgewicht gebracht, dann können die Ausgaben an conto der Reparation nur progressiv angelegt werden. Sogar die Obligationen für den Rest der Zahlungen sollen erst dann abgegeben werden, wenn die Umstände es erlauben. Der französische Gedanke ist also: Zahlungen Deutschlands dem Maße seiner Kräfte angepaßt — wenigstens nach der Meinung des „Welt Revue“. Nach der Auffassung nichtfranzösischer, vollkommen neutraler Beurteiler ist der französische Gedanke ganz anderer Art. Durch die Verlegung des Finanzproblems bis zur nächsten Konferenz wird das Reparations-Komitee des Reiches beauftragt, das es nach dem Vertrage von Versailles beist. Wenn der französische Vorschlag angenommen wird, hört die Reparationskommission auf, ein unabhängiger und selbständiger Organismus zu sein und wird einfach zu einem Kontrollamt der alliierten Regierungen. Der französische Gedanke geht dahin, die Frage der Reparationen zu einer rein politischen Angelegenheit zu machen. Während die englische Forderung die technische Behandlung des Problems der Reparationsfrage entfallen könnte, während durch den Sieg der französischen Auffassung die Lage der Weltwirtschaft erheblich verschimmert werden. Es ist freilich festzustellen, daß auch einigen französischen Politikern wie zum Beispiel Poincaré im „Echo de Paris“ der französische Gegenentwurf ausrichtig erscheint. „Wie sollen die Alliierten es fertig bringen, eine solche allmähliche Gewalt in Deutschland auszuüben?“ fragt Poincaré. „In diesem Zusammenhang muß man die wirtschaftliche Lage Deutschlands berücksichtigen. Wenn Deutschland sich gewinnlich den französischen Wünschen fügen konnte der Vorschlag vielleicht einen Sinn haben. Es steht aber nicht in der Macht der Alliierten, den Deutschen die Verantwortung für ihre finanziellen Bestimmungen abzunehmen, und gerade herauszusagen: es liegt auch nicht in ihrem Interesse. Das Verlangen danach auf sein Lieblingsstadium der Sicherungen durch Besetzung der Ruhr und Abtrennung des Rheinlandes zu sprechen kommt, ist bei keiner politischen Einstellung erklärlich. Die Tatsache bleibt unumstößlich bestehen, daß dieser Journalist, der das Gegenteil von einem Freunde Deutschlands ist, die Unmöglichkeit des französischen Vorschlags klar erkannt hat, und die Reparationskommission wird sich heute und wahrscheinlich auch in einigen weiteren Sitzungen mit dem Vorschlage Barthous zu beschäftigen haben. Die Beratungen sind, wie ausdrücklich bemerkt wird, nicht offiziell.“

#### Nitti über die europäische Katastrophe.

Eine Programmrede. — Unterstützung des Falcismos.  
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 21. Oktober.

Nitti hielt eine Programmrede, in der er namentlich die europäische Lage sehr bedeutend, die durch die Reparationspolitik der Entente gegen Deutschland ganz unheilbar geworden ist. Die Produktion Deutschlands sei zugrunde gerichtet, aber ebenso die Wirtschaft der Sieger, die nicht mehr wissen, mit wem sie Handel treiben, und nicht mehr die große Anziehung der deutschen Produktion erhalten. Nitti ermahnte sodann die wahnwitzigen Wäntungen Frankreichs und seiner Vasallenstaaten, wo doch die Besiegten völlig wehrlos seien. Auch Italien stehe gegenüber der ungeheuren Luftflotte Frankreichs geradezu wehrlos da, weil es nur über wenige Tugend Luftzeuge verfüge, während Frankreich seine Luftflotte und die Luftsee umfänglich vermehrt. Diese bedenkliche Lage sei schuld daran, daß Amerika sein Vertrauen zu Europa habe und seine Anleihe gewähren wolle. Italiens Platz sei neben England, dessen Gesichtspunkte hinsichtlich Rußlands, der besiegten Länder, der Reparationsfrage und der internationalen Schuld völlig mit dem Gesichtspunkte Italiens übereinstimmen. Erst dann werde der Kontinent seinen Kredit und seinen Frieden wiederfinden, wenn der von Nitti und Mussolini geführte Mechanismus der Gewalt zerbricht sei. Hieron werde sich schließlich auch Frankreich überzeugen müssen.

Nitti schloß seine Rede mit der schmerzlichen Lage Italiens und gab eine Reihe notwendiger Maßnahmen an, darunter die Abschaffung des namentlich auf der Eisenbahn unheimlich durchgeführten Leistungssteuers, sowie Überführung gewisser mit der Eisenbahn zusammenhängender Zweige in Privatbesitz. Auch die Arbeiterschaft müsse seine Opfer bringen. Nitti schloß, indem er sich dem Wunsch nach baldigen Neuwahlen angeschlossen und die große ethische und soziale Bedeutung des Falcismos anerkannt, der den Ende erreicht haben könne, wenn er in der Bahn der Geselligkeit gelebt werde.

#### Reynaults gestrige Kammerrede.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 21. Oktober.

Die Rede in der Rede des Deputierten Reynauld, in der dem Ruhrgebiet gesprochen wird, lautet nach dem stenographischen Bericht: „Es muß doch endlich einmal zu der Wiederherstellung kommen. Es genügt nicht, wenn man alle acht Tage einmal von der Ruhr spricht. Es wäre besser gewesen, man hätte einmal davon gesprochen, aber gründlich. In Genua sagten die Deutschen immer: Nur nicht die Ruhr! Alles andere eher als die Ruhr. Warum? Weil die Ruhr der Grundpfeiler des industriellen Reichums in Deutschland ist. Aber ich weiß, daß die Verbündeten von einer Verlegung des Ruhrgebietes nichts hören wollen. Also nicht! Denn nehmen wir auf die Gruppe unserer englischen Freunde Rücksicht und versuchen wir, uns die Zahlungen zu sichern, indem wir unsere Beteiligung an den Einnahmen der Großindustrie und der Gesamtproduktion Deutschlands verlangen.“ Reynauld hat also nicht die Verlegung der Ruhr empfohlen, sondern er sucht die Lösung in einer Verlegung Frankreichs an den deutschen industriellen Unternehmungen. In diesem Sinne hat er selbst nach seiner Rede aus Deutschland in mehreren Interviews sich ausgesprochen. Er hat sogar gesagt, daß er den anderen über die traurige Lage in Deutschland die Augen öffnen und für eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage eintreten wolle. Dieses Verprechen hat er gestern freilich nur zum Teil gehalten. Nach der Rede Reynaulds, die auf die Kammer einen starken Eindruck machte, kam eine Interpellation des Herrn Mandel, die ohne Bedeutung war. Mandel jagte sich durch eine Anspielung auf die Anwesenheit Barthous eine scharfe Zurückweisung Poincarés zu, lat aber im übrigen durch seine Angriffe gegen die innere Politik der Regierung Herrn Poincaré keinen Schaden an. Das interessanteste Intermezzo war ein Zusammenstoß zwischen Poincaré und Zardieu. Während Mandel sprach, wandte sich Poincaré zu Zardieu und um sagte: „Ich bitte Sie, Ihre Bemerkungen hinter meinem Rücken zu unterlassen. Wenn Sie etwas zu sagen haben, sprechen Sie von der Tribüne, oder drücken Sie Ihre Meinung im „Echo National“ aus, allerdings in einer Form, die nicht demütigend für Frankreich ist.“

Zardieu: „Ich verstehe Sie nicht.“  
Poincaré: „Ich habe in Ihrem Blatte gelesen, die Regierung müsse eine französisch-englische oder eine französisch-deutsche Politik wählen, und ich habe mich als Franzose geschämt.“  
Zardieu: „Sie zitierten falsch.“  
Poincaré: „Ich zitierte richtig.“  
Zardieu: „Nein, Herr, Sie zitierten falsch. Ich habe geschrieben: Wir brauchen eine französische Politik. Das ist der Zweck; aber man muß sich für das richtige Mittel entscheiden, um diesen Zweck zu erreichen. Entweder eine Politik mit England, oder eine Politik mit Deutschland. Die Kammer muß entscheiden.“

Der Zwischenfall schließt damit; aber die Kammer scheint mehr auf der Seite Poincarés zu stehen als auf der Seite Zardieu. Mandel benötigte seine Rede nach 9 Uhr, ohne eine große Wirkung erzielt zu haben. Die Fortsetzung der Interpellation ist auf Freitag verlegt.

(Siehe auch Seite 2.)

## Politik oder Kriminaljustiz?

von  
Dr. Ernst Feder.

Wenn der Kanzler im deutschen Reichstag spricht, dann muß sein Leben durch besondere Schutzmaßnahmen gesichert werden. Das ist das Norm, das die geltenden Enthüllungen im Reichstag gebracht haben. Der Bestehende im Rathenau-Prozess hat in der allgemeinen Bevölkerung des Reiches einen tiefen Eindruck an alle anständig denkenden Menschen gerichtet und die dortigen ausgesprochen, daß die Enthüllungen des Prozesses die verpeitete Luft und die schwüle Atmosphäre reinigen und das in ihnen verankerte und schwer fränke Deutschland der Gerechtigkeit entgegenführen mögen. Als diese Worte gesprochen wurden, da war die Politik einem neuen Morbium schon auf der Spur.

Es wird notwendig sein, die neuen Zustände, die gestern und heute bekannt geworden sind, ohne Verzug, aber mit dem Ernst zu prüfen, den die Sachlage erfordert. Es war bekannt, daß der Reichstanzler seit langem mit anonymen Schmähen- und Drohbrieffen überschüttet wird, wie es Rathenau Erzberger und zahlreichen in der Öffentlichkeit stehenden Persönlichkeiten ergangen ist und ergeht. Diese Briefe, die immer von „anonymen“ Männern und Frauen ausgehen, sind seit langem ein andauerndes, aber nicht unterbrechendes Inventarstück unseres politischen Lebens. Der Ortsbürger Wehrens, gewiß kein linksradikaler Mann, erhielt solche Episteln in Hülle und Fülle, als er seiner Pflicht gemäß die Festnahme des Tschow veranlaßt hatte, und der frühere Kanzler Fehrenbach wurde in Leipzig von anonymen Korrespondenten wieder und wieder bedroht, als er während des Rathenau-Prozesses seiner Pflicht als Richter treu den Sachverhalt durch Fragen weiter aufzuklären bemüht war.

Diese Brieflage, der auch sämtliche Vorberathungen nicht abgeholfen haben, wird man ertragen müssen. Sie dürfte auch den Reichstanzler nicht beunruhigt haben. Ueber die Einzelheiten des Komplotts gegen ihn wird aus begreiflichen Gründen noch Stillschweigen bewahrt. Ein Zeitungsartikel, der sich bisher geäußert hat, in dem die Verhaftung eines Mannes erfolgt, der sich selbst, wie mitgeteilt, des mörderischen Vorhabens beichtigt hat. Des weiteren ist eine Verhaftung in Leipzig erfolgt auf Grund eines Briefes, in dem ebenfalls von einem Mordplan gegen Wehrens die Rede war. Man erinnert sich an den Fall des Wittengelagten Günther aus dem Rathenau-Prozess, der sich zur Zeit des letzten Besichtigungs hat. Diese Schicksalsgeschichte war zwar falsch, hat aber zu sehr wichtigen Ergebnissen und schließlich zur Aufdeckung des ganzen Sachverhalts geführt. Heute vor acht Tagen, also am Tage der Kreisverhandlung im Fall Rathenau, war, wie verlautet, ein Anschlag gegen Wehrens geplant, der aber vereitelt worden ist. Wie weit es sich bei diesen Plänen um Einzelakte, wie weit es sich um Verschwörungen und Verbindungen handelt, darüber hat das Ergebnis der Ermittlungen abzuwarten zu sein. Solange nichts Näheres bekannt ist, enthalten wir uns jedes Urteils über die Tragweite der neuen Unternehmung. Aber in einem Punkte sollte der Vorgang gelöst werden.

Der Abgeordnete Hergt hat gestern im Reichstag die Erklärung abgegeben, daß die Deutschnationale Volkspartei dem auf Verhinderung des Ablaufs solcher Taten abzielt. Solche Erklärungen sind bisher selten geworden, und man sollte die Partei aber vor allem dafür Sorge tragen, daß in ihrer Presse mit dem Vertuschungssystem gebrochen wird, das bisher betrieben worden ist. Ein Teil der deutschnationalen Presse hat die Berichte über den Rathenau-Prozess, ja sogar die Urteilsbegründung mit tendenziösen Auslassungen wiedergegeben und zu ihrem Teil dazu beigetragen, daß die Weltmeinung über den Rathenau-Prozess nicht wahr ist. Sie hat es dann weiter zu tungeleitet, als ob es sich in Wahrheit nur um die Tat einzelner Individuen handle und als ob der Nachweis erbracht sei, daß keinerlei Organisationen daran beteiligt sind, während doch eine Reihe schwer belastender Momente sich dafür erweisen haben, und die lange Reihe der Morde und Mordpläne gegen Erzberger, Grottel, Scheidemann, Rathenau, Erzberger und jetzt gegen Wehrens kaum einen Zweifel an der planmäßigen Vorbereitung und Durchführung solcher Verbrechen läßt.

Minister Severing hat vor einiger Zeit in einer hier wiedergegebenen Unterredung über die antirepublikanischen Geheimbünde auf den Ernst der Situation hingewiesen. Er hat auch eine Veroffentlichung aus dem Material in Aussicht gestellt, das gelegentlich der Anwendung des Schutzgesetzes in Preußen bei den verbotenen Vereinen und Verbänden beschlagnahmt worden ist. Es wäre wünschenswert, daß dieses Material veröffentlicht wird, sobald das mit dem Zweck der Unternehmung vereinbar ist. Ueber den „Lund für Freiheit und Ordnung“ sowie über die „Deutsche Freiheitspartei“ hat der Minister gestern nähere Mitteilung gemacht. Wie aus einem auch in der Presse publizierten Bericht hervorgeht, daß die reitende Bewegung des Reichstages der „Deutschen Abendblätter“ und dem General Uebendorf bekannt wurde, ist dieser Freiheitsbund oder diese Freiheitspartei als ausgesprochene „völkische“ Gruppe aus den Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei herangezogen. Jetzt verbindet ein „Deutscher Freiheitsbund“ seine Werbeschreiben und sein Aktionsprogramm, das „Befreiung von der inneren Knechtschaft“ und „Befreiung vom feindlichen Ausland“ verlangt. Es wird notwendig sein, allen diesen Organisationen noch viel gründlicher auf die Finger zu sehen, als es bisher geschehen ist.

Der volksparteiliche Abgeordnete Karhoff hat gestern im preussischen Landtag treffend gesagt, die Lösung heißt jetzt nicht mehr „Republik oder Monarchie“, sondern „Republik oder Chaos“. Das Schutzgesetz hat den Behörden die Waffe in die Hand gegeben, die unmaßstäblich zur Wiederherstellung und Befestigung der Rechte der Republik ge-